

Preussischer Landtag.

Berlin, den 25. Februar 1901.

Zum Abgeordnetenhaus wurde heute die Beratung des Staats-Eisenbahnverwaltungsbudgets begonnen. Die Diskussion hielt sich in Grenzen als in früheren Jahren, da diesmal schon die Reaktionen wegen des Offensiven Eisenbahnbudgets vielen Stoff abgegeben hatten. Minister v. Tschudi hielt eine nicht allzu lange einleitende Rede, in der er über die vorläufigen Aufstellungen des Etats und die Ausdehnung der Verwaltung seit dem Vorjahre seine Mitteilungen machte. Nach seiner Meinung werden auch anhaltend rückläufiger Konjunktur die Ueberstände der Eisenbahn auch in den nächsten Jahren noch recht erheblich sein. Das Ergebniss der Betriebsausgaben zu den Einnahmen bezogenes Verhältniss ist ein fortwährend recht günstiges. Sehr stolz ist er auf die That, dass die Ausgaben nicht in dem gleichen Masse wie die Einnahmen gemindert sind. In diesem Jahre sind die Einnahmen um 100 Millionen weniger als nach im Jahre 1894. Der erste Redner ist dem Hause war der Abgeordnete Sanger, der bei der Interpellation über das Offensivbudget eine sehr herbe Kritik an das parlamentarische System in der Eisenbahnverwaltung geübt hatte und für in seiner Abwesenheit vom Minister mit Vorwürfen überhäufet worden war. Herr Sanger nahm heute Gelegenheit, diesen vorliegenden heftigen Angriff des Herrn v. Tschudi in sachlicher, aber nicht deflorierender scharfer Weise zurückzuweisen, und hatte dem Ergebnis, dass Herr v. Tschudi bei seiner heutigen Erwiderung die höchsten Löhne als damals ansetzt und selbst Herrn Sanger hat, die verschiedenen Ausnahmefälle als beigelegt zu betrachten. Der Minister machte interessante Mitteilungen über das Ergebnis der von Eisenbahn-Direktoren veranstalteten Unfallverhütungskongressen. Die Kongresse hat sich danach einstimmig für das Aufstellen von Signalen ausgesprochen. Die Fenster der D-Wagen sollen so hergerichtet werden, dass im Falle der Noth sich die Passagiere durch die Fensteröffnungen retten können. Dagegen ist die Kongressbeschluss, von der allgemeinen Einführung der elektrischen Beleuchtung der Eisenbahnwagen abzusehen. Die unter den Wagen angebrachten Gasbehälter bieten nach Ansicht der bei der Konferenz versammelten Eisenbahnfachmänner die beste Sicherheit. Die Anbringung von Seitenhaken an den D-Wagen scheint von der Konferenz für überflüssig gehalten zu werden.

Die weitere Debatte bot nicht viel Bemerkenswerthes. Der Centrumabgeordnete Dr. am Behnhoff sprach sich für eine Verminderung der Güter- und Personentaxen aus und verlangte besonders energisch die Einführung von zehnjährigen Retourkettens als Kompenstation für die Verbilligung des Publikums durch Bahnsteige und Platzkarten. Die konservativen Abgeordneten Graf Lamberg und Freiherr v. Zedlitz wollten natürlich nur von einer Verbilligung der Personentaxen, nicht der Personentaxen wissen. Auch sie aber traten wie der nationalliberale Abgeordnete Sattler und der freisinnige Abgeordnete Götthe für möglichst große Ausdehnung des Eisenbahnbetriebes und für die Erhaltung des Offensiv der Monarchie für den Verkehr ein. Nachdem noch eine Anzahl Redner ihren eisenbahntypischen Lokalbeschwerden Luft gemacht hatten, wurde die weitere Beratung auf Montag vertagt.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 25. Februar 1901.

* Zur Flugblattverbreitung hatten sich in allen sieben Bezirken etwa über 180 Genossen eingefunden, wobei am gestrigen Tage 45,000 des bekannten Abwehrschriften in Breslau zur Vertheilung gelangten.

Am vollständigsten waren wieder die Genossen der Nikolaivorstadt angetreten, so daß von dort noch 10 Hilfskräfte an die Innere Stadt abgetreten werden konnten. Die Verbreitung ging glatt von Statten, die vorhandenen Flugblätter reichten nicht einmal aus, um jede Straße belegen zu können.

In der Obervorstadt wurden zwei Genossen bei der Verbreitung durch Schulleute angehalten, welche in der freiwilligen Arbeit unserer Genossen anscheinend einen Verstoß gegen Sonntagsruhe oder Sonntagsheiligung erblickt haben mochten. Nachdem die Betroffenen sich im Bezirkslokal noch einmal informiert hatten, daß die Blätter während der Kirchzeit auf der Straße unter dem Rock zu tragen sind, setzten sie ihre Arbeit im Dienste der guten Sache fort. Einen anderen eifrigen Genossen, der wegen Krankheit an der Verbreitung nicht theilnehmen konnte, nahm die Ehefrau die Tour ab. Ein gutes Zeichen von Pflichtbewusstsein.

Auch in der Sand-Vorstadt wurde ein Genosse angehalten, und seine Blätter konfisziert. Ob zu Recht, das wird ja der weitere Gang der Angelegenheit zeigen, wir zweifeln daran, denn jedem Austräger war aufgegeben, in den Kirchstunden die Blätter verdeckt zu tragen.

Die Scheiniger Genossen belegten fast die ganze Vorstadt, es fehlen nur noch einige Straßen. Allerdings mußten dabei eine ganze Anzahl zwei, einige auch drei Touren übernehmen. Selbst alle ergrante Mitglieder des Vereins fanden sich ein, um der Sache des Volkes einen Dienst zu erweisen.

Fast vollständig aufgebraucht sind die für die Scheiniger Vorstadt bestimmten Flugblätter. Doch wird auch hier am nächsten Sonntag noch einmal mitgewirkt werden müssen.

Der große von der Volkswacht aus zu bestellende Bezirk, Grabschener Thor und innere Stadt, konnte natürlich nur theilweise versorgt werden, umso mehr als eine ganze Reihe in diesem Viertel wohnender Genossen ausgeblieben war.

Am schwächsten ist die Bethelligung vor dem Dhlauer Thor gewesen, wo nur 4000 Blätter zur Vertheilung kamen. Der kleine Stamm von Genossen in dieser Vorstadt hat trotzdem wacker gearbeitet. Da sich aber dieses Viertel aus eigener Kraft nicht versorgen kann, ergeht an die Genossen in anderen Stadttheilen, besonders vor dem Nikolaithor und in Scheinung der Ruf, am nächsten Sonntag die Genossen vor dem Dhlauer Thor zu unterstützen. Bis zu diesem Tage sind noch weitere 30,000 Flugblätter in unseren Händen und mit dieser Menge wird der gesammte gestern nicht erledigte Theil der Stadt noch versorgt werden, damit ganz Breslau unsere geliebten Junker und ihr Streben gründlich kennen lerne.

* Schlesien und der Korzoll. Ueberall erhebt das Volk seine Stimme zu flammendem Proteste gegen die der beabsichtigten Volksbewegung durch hohe Getreidepreise. Auch in Schlesien fanden schon mehrfache Protestversammlungen, theils von Freisinnigen, theils von Seiten der Arbeiterschaft einberufen, statt, und erregten sich sämmtlich eines zahlreichen Besuchs. Nachdem in Dhlau der Volksverein nach einem Referate des Genossen Bruns. Breslau sich dem Protest gegen den Brotwucher angeschlossen, fand in Striegau eine Versammlung von etwa 500 Theilnehmern statt, in welcher

Redakteur Genosse Stäcken-Altenburg das Treiben der Agrarier unter lebhafter Zustimmung beleuchtete. Auch diese Versammlung nahm die Berliner Resolution einstimmig an. Vor etwa 200 Einwohnern des kleinen Landstädtchens Kuras kennzeichnete am letzten Sonntag Genosse Kläh die Deutschtucht der Großgrundbesitzer. Er wies besonders darauf hin, daß die kleinen und mittleren Bauern von dem Getreidezoll keinerlei Vortheile haben, daß sie die Millionenliebesgabe nur den junkerlichen Großgrundbesitzern zu Gute komme. In das Referat schloß sich eine recht lebhafte Besprechung. Der Bürgermeister des Ortes versuchte in väterlich liebevoller Weise die Sozialisten und besonders die Kuras'er Arbeiter zu veranlassen, sich mehr gegen das Kapital, als gegen die braven Großagrarien zu wenden, die doch immer dabei seien, wenn es gilt, den Armen zu helfen. Die Nothwendigkeit der Getreidezölle wollte er überzeugend damit nachweisen, daß er sagte, — andere Staaten hätten ja auch solche. Selbstverständlich wurde der Herr Bürgermeister unter dem stürmischen Beifall der zum großen Theile kleinstädtischen Anwesenden eines Besseren belehrt. Interessant war die Aeußerung eines Ackerbürgers Herrn John: Es ist ganz klar, daß wir kleinen Ackerbauern keinen Nutzen von den Getreidezöllen haben, denn erstens verkaufen wir so wenig Korn, daß der höhere Preis gar nicht in Betracht kommt, zweitens sind wir gezwungen, unser Brot zu kaufen und so die Kosten für die Getreidezölle mit aufzubringen. Auch hat ja der Großgrundbesitzer noch durch ermäßigte Eisenbahnfachten Gelegenheit, sein Getreide anderwärts theurer zu verkaufen, während diese Erleichterung bei dem geringen Quantum des Ackerbürgers und Kleinbauern ebenfalls wegfällt. Die übrigen Redner stellten sich sämmtlich auf den Boden des Referats und der Protestresolution, die unter allgemeinem Jubel einstimmig angenommen wurde. Selbst der Herr Bürgermeister stimmte nicht gegen dieselbe. Schon um der regen Theilnahme der kleinen Ackerbürger erscheint die Versammlung von Kuras von besonderer Bedeutung für die Beurtheilung der Stimmung des Volkes gegenüber dem beabsichtigten Brotwucher. Auch in Parowitz protestirte eine öffentliche Versammlung gegen die Brotvertheuerung.

* Michael Kramer in der Volksvorstellung. Zwei Sonntag hintereinander hat das jüngst: Kind der Gerhardt Hauptmann'schen Muse Breslaus Arbeiterschaft in den Räumen des Thaliatheaters versammelt. Ueber 1400 Personen faßt der Zuschauerraum der genannten Bühne und an beiden Sonntagen war derselbe bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Name des Dichters der „Weber“ besitzt unter der Breslauer Arbeiterschaft einen guten Klang; drei Mal bereits hat der sozialdemokratische Verein seinen Mitgliedern Hauptmann'sche Dramen geboten, und jedes Mal, in „Fuhrmann Henschel“, wie in „Stolze Stampton“ und in der „Berserkung Glöck“ war die Begeisterung eine große; ihren Höhepunkt aber hat die Anerkennung in „Michael Kramer“ erreicht. Die Arbeiterschaft steht dabei in schroffem Gegensatz zur bürgerlichen Kritik, die sich im Allgemeinen sehr kühl, ja ablehnend gegen „Michael Kramer“ verhalten hat. Der proletarische Zuschauer trägt nicht in spitzfindiger Weise danach, ob ein Drama nach allen Regeln künstlerischer Kunst und der Bühnentechnik aufgebaut ist, ihm kommt auch nicht das „unausgeglichene und zerfahrene“ in der Handlung zum Bewusstsein, das die offiziellen Kritiker an „Michael Kramer“ glauben feststellen zu müssen. Der Arbeiter genießt mit reiner Naivität, er genießt nicht mit dem Verstande, sondern mit dem Herzen. Der hohe stille Ernst, der das Handeln und die Worte des alten Kramer durchweht, erhebt den Arbeiter hinaus über die Alltäglichkeit des Lebens, er versteht den gewaltigen Werth zu erkennen, den der fleißige Michael der Arbeit beilegt; der Arbeiter fühlt und leidet mit dem unglücklichen Vater, dessen stolze Hoffnungen durch das abschreckende Treiben seines verkommenen, und doch vom heiligen Geiste der Genialität erfüllten Sohnes vernichtet worden sind. Wenn auch im ersten Akte bei einigen stark realistischen Ausdrücken und Szenen hin und wieder ein unpassendes Lachen ertönte, so wird man das der oben erwähnten Naivität zu Gute halten; freilich hätte Herr Lettinger, der sonst die Rolle des Arnold mit bewundernswerthem Geschick, in Rücksicht auf seine Zuhörer, etwas weniger stark auftragen sollen. Doch diese kleinen Störungen, sie wurden völlig ausgeglichen durch die athemlose Spannung, mit der unsere Arbeiter der weiteren Entwicklung folgten. Besonders in der Schlusszene am Serge Arnolds war an beiden Sonntagen der Eindruck ein überwältigender. Als der Vorhang fiel, durchdrangen minutenlange Beifallsstürme den Raum und Herr Lehmann, der prächtige Vertreter des alten Michael, mußte immer und immer wieder vor die Rampe treten. Alles in Allem, „Michael Kramer“ in der Volksvorstellung war ein Erfolg, der unseren schlechten Poeten Hauptmann alle Ablehnung von Seiten der bürgerlichen Kritik verschmerzen lassen kann. G. K.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird am nächsten Donnerstag Nachmittag eine Sitzung abhalten, in der — endlich — der Stadthaushaltsetat für 1901 zur General-Diskussion stehen wird. Zunächst wird die Einführung des zum Stadtrath hier selbst gewählten Bürgermeisters Weller-Brandenburg, sowie der Stadtverordneten Fuhrmann und Schild erfolgen, weswegen die Herren Stadträder auch wieder in „Amistracht“ erscheinen sollen. Dann erfolgt der von der Stadtkommission vorgeschriebene Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten, erstattet vom Oberbürgermeister. Die General-Diskussion über den Stadthaushaltsetat leitet ein Referat des Stadtverordneten Lettinger ein. Von den älteren, auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen sind erwähnenswerth hier nur die Gutachten des Bauausschusses über den Bau eines Eisfellers an der Schwedenschanze und über den Bau einer Knaben-Mittelschule auf den Dicksäckern. Ganz interessant ist von den neuen Vorlagen diejenige, welche den Unternehmern der kleinen Maurer-, Zimmerer-, Tischler-, Maler- und Anstreicher-Arbeiten im Bereiche der städtischen Bauverwaltung einen Zuschlag von 10 Prozent zu den Materialpreisen gewähren will. Dieser Magistratsantrag

wird mit der Erhöhung der Arbeitslöhne und Materialpreise motivirt, der Bauausschuß aber, der den Antrag vorzubereiten hat, empfiehlt die Ablehnung desselben. Der Magistrat beantragt ferner, dem Maurermeister Wünger die Donatinalstraße von 180 Mark, die dieser wegen verspäteter Fertigstellung der Arbeiterschuhhalle und der Werkstättenanstalt am Trebnitzerplatz verwirkt hatte, zu erlassen. Herr Wünger will an der rechtmäßigen Fertigstellung durch den Tischlerstreik gehindert worden sein. Von der Vernehmung der Stadtverordnetenversammlung bei Besetzung der Unterbeamtenstellen soll nach dem Vorschlag des Ausschusses I abgesehen werden — wie der Magistratsantrag vorgeschlagen — wenn der Magistrat der Versammlung alle drei Monate ein Verzeichniß der neu besetzten Unterbeamtenstellen zu gehen läßt.

Auf dem Königsplatze will das Bismarck-Denkmal-Komitee einen Schmuckbrunnen errichtet sehen, der in Beziehungen zum Bismarckdenkmal stehen soll. Es hat zu diesem Zweck der Stadt 35,000 Mark zur Verfügung gestellt unter der Voraussetzung, daß diese den fehlenden Rest der erforderlichen Summe zusammenbringt. Und der Magistrat beantragt denn auch bei der Versammlung rund 40,000 Mk. zu bewilligen, damit die Stadt Breslau in den Besitz dieses längst vermißten Bismarckbrunnens kommt. Der vom Magistrat vorgeschlagenen Reorganisation einiger Verwaltungsdeputationen stimmt der Ausschuss I zu und schlägt zugleich die neuwählenden Mitglieder dieser Deputationen vor. Ebenso werden zwei Besetzung verschiedener städtischer Ehrenämter vom Ausschuss I die entsprechenden Vorschläge gemacht. Außerdem stehen auf der Tagesordnung mehrere kleine Etatsveränderungen, Ausschussgutachten über Fluchtlinienpläne an der Poststraße und Kätzelsche, Fluchtlinienfestsetzung für die Kleinburgstraße, Lieferungsverträge, die Anschaffung von Rettungsbooten an der Universitätsbrücke u. und Rechnungsrevisionsfachen. Eine wenig erzwungene Vorlage beschäftigt sich mit der Deckung des Fehlbetrags bei den städtischen Gaswerken für das Etatsjahr 1900, der rund 151,000 Mk. beträgt und durch die kostspieligen Rohrverlegungen in den Straßen, für welche der elektrische Straßenbahnbetrieb eingerichtet wird, durch vermehrte Anschaffung von Gasmaschinen und durch Reparaturkosten an Gebäuden und Apparaten verursacht worden ist.

* Steigender Mangel an Arbeitskräften macht sich im Fleischergerwerbe in jüngster Zeit für den Meister unangenehm bemerkbar. Die Gesellen werden immer rarer, und die Zahl der Lehrlinge nimmt jährlich ab. In Schleiz ist die Ziffer der Fleischerlehrlinge besonders stark zurückgegangen. Einige Städte, wie Breslau, Biegnitz, Jauer u., weisen für die letzten vier Jahre eine Verminderung von 50 Prozent und mehr auf. Die Gesellen erklären sich die Abneigung der der Schule entwachsenen Durstigen gegen das Fleischerhandwerk mit den unbefriedigenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Zwar gelangten, so schreibt der „Arbeitsmarkt“, die Meister hier und da zu derselben Einsicht. Im Allgemeinen erblicken sie jedoch ihr Interesse noch darin, an niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit festzuhalten, wollen auch auf eine Beseitigung der Mißstände im Logiswesen nicht eingehen. Die Reichskommission für Arbeiterkassirer regte in ihrer letzten Sitzung an, die seitens der Schlächtergesellen behaupteten Mißstände im Fleischergerwerbe zum Gegenstand von Erhebungen zu machen.

* Nur solche Lokale zu besuchen, die den Arbeitern zur Verfügung zur Verfügung stehen, ist eine selbstverständliche Pflicht jedes denkenden Arbeiters. In diese Pflicht wurden die Angehörigen der werktätigen Schichten im Waldburger Revier wiederholt in der Presse erinnert, als während der Reichstagswahl einige Gastwirthe ihre Säle der Arbeiterpartei zur Verfügung gestellt hatten. Zu diesem gehörte nicht der Gastwirth Krause (Gasthof zur Eisenbahn) in Fellhammer. Und doch ließ er in der „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ eine Erklärung vom Stapel, wonach sein Lokal den Bergarbeitern zur Berathung wirtschaftlicher Interessen stets zur Verfügung stehe. Der Manneswuth des Gastwirths bauerte indessen nicht lange. Nach einer Vereinbarung, so wird jetzt derselben Blatte aus Fellhammer geschrieben, meldete der Vertrauensmann der Bergarbeiter, Bergmann, eine öffentliche Versammlung an und erhielt darauf folgenden Bescheid:

Ant Fellhammer, Kr. Waldburg i. Schlf.
3. Nr. 344 F.
Dem Unternehmer, Herrn Fr. Bergmann zu Nieder-Dermendorf wird hiermit bescheinigt, daß er heute eine am Sonntag, den 3. Februar 1901, Nachmittags 3 Uhr, im Saale des „Gasthofs zur Eisenbahn“ zu Fellhammer stattfindende öffentliche Bergarbeiter-Versammlung abgemeldet hat.
Fellhammer, den 29. Januar 1901.

Der Amtsvorsteher:
Genskow.
Bald sollte er jedoch der Wahrheit des Sprichwortes: „Mit des Geistes Mächten“ u. s. w. inne werden. Am folgenden Tage schon erhielt er folgende Zuschrift:
Herrn Friedrich Bergmann, Botschafter hier.
Auf Grund der Hauptziel-Verfügung vom 9. Oktober d. J. entspricht mein Lokal nicht den Ansprüchen, die an ein Versammlungsort gestellt werden müssen und kann auf Grund dessen die für den 3. Februar in Aussicht genommene Versammlung nicht stattfinden.
Fellhammer, den 30. Januar 1901.

Achtungsvoll ergebend
Rudolf Krause.
Trotzdem die beiden Schreiben so merkwürdig schnell aufeinander gefolgt sind, hätten wir uns, irgend eine weitere Vermuthung anzusprechen. Merkwürdig ist nur in diesem, wie in jedem anderen Falle, daß die Lokale wohl zu Versammlungen, nicht aber zu Langverhandlungen der Bauarbeiter nicht ausreichend gesichert erscheinen. Man hat jetzt ein bequemeres Mittel, im Waldburger Revier den Arbeitern die Säle abzutreiben: Die Gasthäuser, die ihnen zur Verfügung standen, gehen zu Grunde — folglich ist jede Menschenansammlung gefährlich!

* Studenten und Arbeiterschaft. Ein Zweigverein des Humboldtvereins hat sich unter den hiesigen Studenten gebildet, um an der Verbreitung von Volksbildung durch Vorträge und andere Veranstaltungen mitzuwirken. Wir wünschen dem neuen Verein alle Gute, zweifeln aber, daß er wirklich Gutes zu leisten im Stande sein wird.

